

Parkeintritt in Pillnitz spaltet die Dresdner

Von Tobias Wolf

Als der Wegzoll für den Schlosspark eingeführt wurde, hagelte es massive Kritik. Die Meinung der SZ-Leser dazu überrascht.

Als der Freistaat im Januar ankündigte, ab April im Pillnitzer Schlosspark zwei Euro Eintritt zu verlangen, brach ein Proteststurm los. Hunderte Dresdner machten ihrer Empörung darüber in Bürgerversammlungen, Leserbriefen und im Internet Luft.

Die Bürgerinitiative Freier Parkzutritt wurde gegründet – und kämpft bis heute. Es schien, als würde eine Mehrheit der Dresdner den Parkeintritt ablehnen. Doch die Stimmung scheint inzwischen gekippt zu sein. In der nichtrepräsentativen Stadtteillumfrage der Sächsischen Zeitung sprechen sich nunmehr 45 Prozent der Befragten gegen den Eintritt aus. Exakt genauso viele finden ihn richtig.

Denn mit den prognostizierten Einnahmen von rund 500000 Euro pro Jahr sollen die Pflege des Gartens verbessert und mehr Gärtner eingestellt werden. Um die zwei Euro pro Person ging es den meisten Dresdnern offenbar nie. Zwar hatte die Bürgerinitiative schon im Januar ein Aussetzen der Eintrittspläne gefordert. Stattdessen sollten die Vorschläge der Ehrenamtlichen geprüft werden, über Parkgebühren für Reisebusse und Spenden das für den Erhalt der Anlage notwendige Geld zusammenzubekommen. Doch damit stießen die Bürger bei der Staatsregierung auf taube Ohren. Ungerührt riegelte der staatliche Schlösserbetrieb in der Folge den Pillnitzer Schlosspark ab, ließ nur noch drei von ehemals neun Eingängen offen – bewehrt mit Kassenhäuschen und Wachschutz. Genau da liegt das Problem.

Konnten zuvor alle Pillnitzer ohne Weiteres durch den Park zur Bushaltestelle oder ins Ortszentrum gehen, müssen sie nun einen Bogen machen – oder zahlen. Der Freistaat ignorierte das Problem lange. Doch nun scheint Bewegung in die Debatte zu kommen. Das Sächsische Finanzministerium hat jetzt eingelenkt und die Pillnitzer Bürgerinitiative eingeladen, ab Herbst in einer Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Die soll die Vorschläge der Ehrenamtlichen noch einmal prüfen. Reagiert haben die Verantwortlichen erst, nachdem Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) und der Landtagsabgeordnete Carsten Biesok (FDP) Druck machten. Die Bürgerproteste allein bewirkten das nicht. „Ich denke, dass jetzt endlich ein ernsthafter Dialog mit dem Finanzministerium zustande kommt“, sagt Biesok. „Denn die Durchlässigkeit des Parks für die Bewohner sollte verbessert werden.“ Trotzdem müsse man nicht auf das Eintrittsgeld der Touristen verzichten. Wie das vonstattengehen soll, ist derzeit noch unklar.

Für die Pillnitzer Bürger ist es ein Hoffnungsschimmer. „Wir werden mit konkreten Vorschlägen in die Gespräche mit dem Finanzminister gehen und auch Bedingungen stellen“, sagt Christian Decker von der Bürgerinitiative.

Zumindest müsse das Finanzministerium jetzt ein Bewirtschaftungskonzept vorlegen.